



## **Haushaltsrede von Bürgermeister Tobias Stockhoff**

anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2025 der Stadt Dorsten

in den Rat der Stadt Dorsten am 25.09.2024

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,  
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich an dieser Stelle unserem Stadtkämmerer Karsten Meyer und seinen Teams im Amt für Kommunale Finanzen sowie dem Amt für Verwaltungsmanagement und -service sowie den Amtsleitungen und den Budgetbeauftragten der Fachämter sehr herzlich für die Aufstellung des Haushaltes 2025 sowie des Stellenplanes 2025 danken.

Dieser Dank soll ausdrücklich keine alljährliche Floskel sein. Leider erhalten wir wichtige Daten von Bund und Land immer später und bis kurz vor Einbringung des Haushaltes erfahren wesentliche Positionen immer noch erhebliche Änderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rathaus, herzlichen Dank für Euer Engagement!

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Haushaltsentwurf 2025 stimmt mich mehr als unzufrieden. Nach mühsamen Jahren der Halbierung unserer Schuldenlast und nach dem gemeinsamen Aufbau von Eigenkapital in Höhe von über 70 Millionen Euro stehen wir nun wie nahezu alle Städte und Gemeinden in Deutschland perspektivisch vor einem finanziellen Scherbenhaufen. Ein Defizit nur allein in 2025 von über 20 Millionen Euro – unsere Grundsteuereinnahmen liegen bei rund 22 Millionen Euro pro Jahr – kann und darf einen Stadtrat und einen Bürgermeister nicht ruhig schlafen lassen.

Das sage ich nicht nur als Bürgermeister, das sage ich ganz bewusst auch als werdender Vater, der seinem Kind keinen Schuldenberg ohne jeden Gegenwert hinterlassen möchte.

Der Blick in vergleichbare Nachbarkommunen mit 50, 60 oder gar 80 Millionen Defizit ist dabei kein Trost. Im Gegenteil! Dass es anderen noch schlechter geht, führt schnell in die Sackgasse der vermeintlichen Vergeblichkeit. Aber Mutlosigkeit ist hier der mit Abstand schlechteste Ratgeber.

Natürlich sind Bundesregierung und Landesregierung hier gefordert, die kommunale Finanzausstattung endlich zu verbessern, Standards zu begrenzen und nicht von Woche zu Woche in Markt-schreier-Manier neue finanz- und personalintensive Vorschläge auf den Weg zu bringen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn wir ehrlich zu uns selbst sind, dann leben wir in diesem Land vollkommen über unsere Verhältnisse – und das ökologisch, ökonomisch wie sozial.

Wir tun so – und da will ich mich gar nicht ausnehmen – als ob wir unbegrenzte Arbeitskräfte, unbegrenzte Finanzmittel und unbegrenzte natürliche Ressourcen haben.

Inzwischen dämmert es aber immer mehr Menschen, dass wir auf dem Holzweg sind. Wir erkennen, dass alle Ressourcen endlich sind und die Mathematik nicht durch Mehrheiten, Moral oder Motivation ausgetrickst werden kann.

Unser Land steuert in eine sozial-demographische, ökonomische und ökologische Katastrophe.

Ich möchte das an drei Beispielen deutlich machen:

1. Jedes Jahr scheiden aktuell 1.000.000 Menschen aus dem Berufsleben aus und nur 700.000 Menschen rücken ins Berufsleben nach. Es fehlen somit jedes Jahr nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Ehrenamtliche und natürlich Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Um die Zahl deutlich zu machen: Wenn in der Stadtverwaltung Dorsten, im Krankenhaus, im Altenpflegeheim, in der Schule, im Kindergarten, im Restaurant, im Handwerksbetrieb oder im Industriebetrieb jeweils 10 Menschen in 2025 aus dem Berufsleben in die Rente wechseln, dann muss künftig – im Durchschnitt – von 7 Nachfolgern deren Arbeit geleistet und deren Beitrag zum Sozialstaat erwirtschaftet werden.

2. Nach knapp der Hälfte des Jahres haben wir als Deutsche so viele natürliche Ressourcen verbraucht, wie uns eigentlich im gesamten Jahr zustehen. Und dabei setzen wir wie selbstverständlich voraus, dass die Menschen in Entwicklungsländern auch in den nächsten Jahrzehnten oder Jahrhunderten weit hinter unserem Lebensstandard liegen werden.
3. Auch die Staatsverschuldung nimmt – und das auch gemäß den optimistischen Prognosen der Bundesregierung – schneller zu, als sie vermutlich durch unsere Kinder und Kindeskin-der zurückbezahlt werden kann. Und dabei müssen wir ja bedenken, dass es – wie oben geschildert – auch weniger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geben wird.

Kurz und knapp: Wir verhalten uns unverantwortlich den nachfolgenden Generationen gegenüber – nicht nur gesamtstaatlich und politisch, auch persönlich.



Diese Botschaft ist aber so herrlich abstrakt, dass wir Sie gerne verdrängen. Ich will sie für uns einmal ganz konkret machen:

1. Wer von den heute 60-Jährigen hat sich bei der demographischen Entwicklung schon einmal Gedanken gemacht, wer sie in 20 oder 30 Jahren pflegen wird?
2. Wer von den 50-Jährigen hat darüber nachgedacht, wie man in 20 Jahren die stetig zunehmenden Starkregen- und Dürrekatastrophen und deren massiven Folgen meistern und finanzieren will?
3. Wer von den 40-Jährigen hat eine Antwort darauf, wie unter den demographischen Bedingungen die stetig wachsenden Schulden zurückbezahlt und die Rentenbeiträge in 20 oder 30 Jahren noch durch Arbeitnehmer und Steuerzahlerinnen gestemmt werden können?

Statt diese Fragen auch nur ansatzweise nachhaltig zu beantworten, passiert aktuell in Deutschland genau das Gegenteil. Hier nur drei Beispiele, die die ganze Absurdität auf den Punkt bringen, weil die Forderungen und Ansätze die Problemstellungen noch beschleunigen.

1. Wir reden über mehr Freizeit beispielsweise in Form der 4-Tage- oder 35-Stunden-Woche oder über Altersteilzeit. Weniger Arbeitskräfte, die weniger arbeiten? Das ist ein hochexplorierender Brandbeschleuniger für den Fachkräftemangel.
2. Wir debattieren in Parlamenten über die Auflockerung der Schuldenbremse – nicht etwa, um Zukunftsinvestitionen zu finanzieren und lebensnotwendige Infrastruktur zu sanieren, sondern wünschenswerte Standardanhebungen.
3. Wir betrachten die Herausforderungen des Klimawandels sowohl bei energetischen Maßnahmen als auch z. B. bei der Prävention von Unwetterereignissen als reine Aufgabe des Staates, hoffen persönlich auf die großen Würfe der Gemeinschaft und auf Fördermittel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

- für jede neue Ausgabe und jede Standarderhöhung (z. B. bei staatlichen Leistungen),
- für jedes spezielle Hilfs- und Unterstützungsangebot,
- für jede Baumaßnahme und jedes Projekt,
- für jede ausbleibende, aber gemäß der steigenden Lebenserwartung angezeigte, Anpassung des Renteneintritts- oder des Pensionsalters,
- für jedes Zurückstellen von notwendigen und umsetzbaren Klimaschutzmaßnahmen

wird es am Ende gute Argumente geben. In einer Demokratie ist es legitim, dass jede und jeder für ihre bzw. seine Interessen kämpft.



Wenn wir aber nicht sehr bald den Mut besitzen, zu erkennen, dass wir über unsere Verhältnisse leben und dass wir alle gesellschaftlichen Fragen unter Beachtung aller drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – ökologisch, ökonomisch und sozial – angehen müssen, dann wird unser Land diese Herausforderungen nicht meistern können.

Der frühere Bundespräsident Roman Herzog ist bei vielen von uns vor allem mit seiner berühmten „Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen!“-Rede vom 26. April 1997 in Erinnerung geblieben. Darin sagte er unter anderem:

*„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von liebgewordenen Besitzständen, vor allen Dingen von den geistigen, von den Schubläden und Kästchen, in die wir gleich alles legen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen:*

- *die Arbeitgeber, indem sie Kosten nicht nur durch Entlassungen senken,*
- *die Arbeitnehmer, indem sie Arbeitszeit und -löhne mit der Lage ihrer Betriebe in Einklang bringen,*
- *die Gewerkschaften, indem sie betriebsnahe Tarifabschlüsse und flexiblere Arbeitsbeziehungen ermöglichen,*
- *Bundestag und Bundesrat, indem sie die großen Reformprojekte jetzt rasch voranbringen,*
- *die Interessengruppen in unserem Land, indem sie nicht zu Lasten des Gemeininteresses wirken.“*

Die Herausforderungen vor denen wir heute stehen, sind wesentlich vielschichtiger und dramatischer als Ende der 1990er-Jahre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mir ist bewusst, dass diese Botschaften schwer verdauliche Kost sind und am Ende für alle von uns eine Form der massiven Zumutung in unserem ganz persönlichen Lebensstandard darstellen. Und ich weiß, dass diese Einsicht viel Mut benötigt, nämlich den Mut, sich des Verstandes zu bedienen anstatt den einfachen Parolen hinterherzulaufen.

Einfache Lösungsansätze, die der Mehrheit nicht wehtun, gibt es in diesen Tagen eine Menge aus allen parteipolitischen Richtungen:

- Wir haben kein demographisches Problem, weil die Zuwanderung von Fachkräften am Ende alles lösen wird.
- Wir haben kein finanzielles Problem, wenn wir die Sozial- und Asylleistungen am Ende drastisch kürzen, Steuern erhöhen oder zusätzliche einführen.
- Wir haben kein wirtschaftliches Problem, wenn wir die Wirtschaft einfach mal wieder machen lassen.



- Wir haben kein finanzielles und soziales Problem, auch wenn wir jetzt den Schwerpunkt ausschließlich auf die Umsetzung der ökologischen Ziele setzen.
- Wir haben kein ökologisches Problem, wenn wir auf Wachstum verzichten.

Wer genau hinschaut, erkennt schnell: Das sind sich zum Teil widersprechende Durchhalteparolen und Scheinlösungen, die einen großen Teil der Wirklichkeit einfach ausblenden.

Ich erspare Ihnen weitere Ausführungen dazu, die wir alle schon gehört haben. Nur ein Hinweis sei mir erlaubt: Auch die Antwort „Erstmal sollen andere bei sich anfangen ...“ wird uns in der Sache niemals weiterhelfen.

Die Ursachen für die o. g. Herausforderungen sind vielschichtig:

- Eine zunehmend ungesunde Individualisierung, die um eigene Bedürfnisse und Befindlichkeiten kreist, und die Bedarfe der Mitmenschen, von Natur und Gesellschaft ausblendet.
- Ein fehlendes Verständnis für die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, indem man **nur** die ökologische, **nur** die ökonomische oder **nur** die soziale Dimension als Bewertungsgrundlage moralisch bei der Abwägung zulässt.
- Eine wachsende Abkehr von Eigenverantwortung und Subsidiarität hin zu einer All-inclusive-Mentalität, in der Staat und Politik allzuständig sind. Dies gilt umgekehrt auch für staatliche Institutionen und die Politik, die sich oftmals für allzuständig erklären, die Bürgerinnen und Bürger entmündigen und es diesen so leicht machen, Eigenverantwortung abzugeben.
- Die menschliche Trägheit, Problemstellungen erst dann wahrzunehmen, wenn eine persönliche Betroffenheit vorliegt.
- ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

so viel zur Beschreibung der Situation.

Und viele von Ihnen werden mich jetzt vollkommen zu Recht fragen:  
„Wo sind sie denn, Deine Lösungen? Oder zumindest Lösungsansätze?“

Tatsächlich glaube ich, vielen von uns in Bürgerschaft, Rat und Verwaltung sind sich dieser Problemstellungen längst bewusst. Und nicht wenige von uns wirken durch ein außergewöhnliches Engagement auch für eine dringend notwendige Zeitenwende, was diese Themen angeht.

Was hat all das – so mögen einige von uns jetzt ebenfalls fragen – mit dem Haushalt 2025 und mit der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Dorsten von 2026 bis 2028 zu tun?

Bedenkt man, dass aktuell neben dem Bundeshaushalt auch die Länderhaushalte und mindestens zwei Drittel der kommunalen Haushalte komplett aus dem Ruder laufen, dann lautet die Antwort auf diese Frage: Viel mehr als wir uns manchmal eingestehen wollen.

- Natürlich haben Bund und Länder für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen.
- Natürlich haben die Umlageverbände wie Kreis, RVR und LWL sorgsam mit unseren kommunalen Umlagen und Zahlungen umzugehen – an dieser Stelle möchte ich betonen, dass der Kreis und der Landrat das über Parteigrenzen hinweg seit einigen Jahren tun.
- Und natürlich fordere auch ich eine Altschuldenlösung für unsere Städte und Gemeinden.

Aber all das löst unsere Probleme nicht dauerhaft.

Gemeinsam müssen wir die Ursachen bekämpfen und nicht weiter an den Symptomen herumdoktern.

Wir selbst, wir, die Bürgerinnen und Bürger, müssen wieder zu den Problemlöserinnen und Problemlösern werden!

Je früher wir damit beginnen, desto besser werden wir die sozial-demographischen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft meistern.

Die erste Frage muss immer lauten: Kann ich ein Problem selbst oder vielleicht mit der Hilfe von Familie, Nachbarschaft oder Verein lösen?

Wenn ich diese Frage mit JA beantworten kann, dann sollte nicht gezögert werden. Dann liegt die erste Zuständigkeit bei mir persönlich als Bürgerin und als Bürger, damit es am Ende besser wird. Auf den Punkt gebracht ist es eine Antwort auf die Frage: **Was ist mein persönlicher Beitrag dazu, dass sich die ganz konkrete Situation verbessert?**

„Besser“ darf und kann dabei nicht immer und ausschließlich bedeuten, „Besser für mich“. Am Gemeinwohl orientierte Lösungen sind oftmals nach Abwägung vieler Interessen und Berücksichtigung vieler Blickwinkel ein Kompromiss. Wenn wir diese Haltung auch bei unseren persönlichen Anliegen mitdenken, kommt am Ende das Beste für alle dabei heraus. Ich darf hier die Botschaft der Aktion Mensch zitieren: „Das WIR gewinnt“.

Wir brauchen also eine neue Verantwortungsethik – oder besser: eine Ethik der Mitverantwortung – für die Bewältigung dieser Zukunftsherausforderungen, die wieder das Verhältnis von Ich und Wir in eine gesunde Balance bringt.

Eine solche Ethik der Mitverantwortung kann nur als breiter gesellschaftlicher Konsens funktionieren.



Dieser Konsens wird entweder durch frühe Einsicht erreicht, freiwillig und von Verstand geleitet.

Oder die Not wird diesen Konsens irgendwann erzwingen – dann aber vermutlich zu spät und nach fatalen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, wie sie sich gerade andeuten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mir ist sehr wohl bewusst, dass es nicht wenige Menschen geben wird, die aus unterschiedlichen Gründen eine solche Mitverantwortungsethik ablehnen werden. Die sagen werden:

- Ich zahle genug Steuern und erfülle damit meine Mitverantwortung für die Gesellschaft!
- Warum soll ich im Verein eine Aufgabe übernehmen? Ich zahle Mitgliedsbeiträge.
- Ich kann mir aufgrund meines Einkommens immer die Hilfe, die Pflege, die Dienstleistung usw. einkaufen, die ICH jetzt brauche!

Diese Denkweise mag für einen gewissen Zeitraum funktionieren.

Wenn am Ende aber das soziale Gleichgewicht einer Gesellschaft aus den Fugen gerät, weil wir zu wenig Arbeitskräfte, zu wenig Geld und zu wenig Gemeinsinn haben, um unseren Lebensstandard auch nur einigermaßen aufrecht zu erhalten, dann werden wir schnell erleben,

- dass man sich privat mit Geld keinen sozialen Frieden in einem Land, in Europa und auf der Welt kaufen kann.
- dass man trotz guter Qualifikation bei massiven Problemen der Volkswirtschaft ebenfalls davon betroffen sein wird.
- dass man im Alter, bei der Kindererziehung, bei Krankheit oder anderen Lebensveränderungen plötzlich auf die Hilfe von anderen Menschen angewiesen ist.

Wir in den Dörfern, Stadtteilen, Städten und Gemeinden können dabei der Ausgangspunkt für eine solche Mitverantwortungsethik sein. Dort, wo man sich kennt, wo Probleme konkret und sichtbar sind und wo man seit Jahrhunderten bewiesen hat, wie Herausforderungen gemeistert werden: Gemeinsam!

Ich kann es am Ende nicht verdenken, wenn Menschen an dieser Stelle sagen,

- das ist alles viel zu abstrakt.
- das ist ein Ansatz für philosophische Feinschmecker.
- das ist eine Aufgabe über Generationen.

Ich bin mir sicher, ein „Immer weiter so“, ein Weiterleben über unsere ökologischen, ökonomischen und sozial-demographischen Verhältnisse hinaus, wird am Ende in die Katastrophe führen. Darum müssen wir eine neue Vision für unsere Stadtgesellschaft entwickeln und dabei ganz konkret werden:



Wir werden als Rat der Stadt, als Stadtverwaltung und als Bürgerschaft unseren Teil dazu beitragen können, konkret zu werden. Wir können dabei am Ende auf keinen Menschen verzichten und wir werden die vorhandenen und weniger werdenden menschlichen und materiellen Ressourcen sinnvoller einsetzen müssen.

Und wir werden dabei echte Prioritäten setzen müssen, weil nicht alles, was gut und wünschenswert ist, mit den vorhandenen Ressourcen umsetzbar ist.

Gemeinsam mit Ihnen will ich daher Ansätze weiter entwickeln, dass

1. wir durch ein „New Normal“ neue Standards festlegen, die uns die pflichtgemäße Erfüllung von Aufgaben ermöglichen und dabei gleichsam da, wo es verantwortbar ist, akzeptieren, dass die Fehlerquote steigen wird. Die letzten 5 % beim Arbeitsergebnis kosten die meiste Energie!
2. wir nicht unnötige Ressourcen durch s. g. „Nebenkriegsschauplätze“ beispielsweise bei Klimaschutz- oder Bauprojekten verlieren. Wir müssen beim Thema „Klimaschutz“ und „Bauen“ die berühmten Meter machen und können uns nicht um die letzten drei oder fünf Prozent kümmern.
3. wir durch künstliche Intelligenz und Digitalisierung in sinnvoller Weise bestimmte Prozesse optimieren.
4. wir Hilfestellungen in oder aus Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft und Selbsthilfegruppen fördern und unterstützen.
5. wir bei Beschlussfassungen und Vorgaben von Verwaltungsleitung, Ausschüssen und dem Stadtrat darauf achten, dass die Planungen und Technisierung so optimiert werden, dass die Folgekosten und der Personaleinsatz möglichst minimal sind.
6. wir bei jeder Forderung – egal, woher sie kommt – prüfen:  
Ist sie a) zwingend notwendig, b) sinnvoll und ressourcensparend, c) „nur“ wünschenswert – und nach diesen oder vergleichbaren Kategorien unsere Aufgaben priorisieren.
7. wir Menschen bei der Pflege des Umfeldes und bei der Nachbarschafts- und Familienhilfe noch stärker qualifizieren und begleiten, um sie auf Mitverantwortung besser vorzubereiten.
8. wir die Menschen, die aktuell noch nicht in Lohn und Brot sind, durch Fördern und Fordern in Jobs, Beschäftigungsverhältnisse oder gemeinnützige Arbeit bringen. Unser Jobcenter arbeitet gemeinsam mit dem Sozialamt daran, dass wir diesen Menschen unmittelbar Arbeit anbieten und wo es rechtlich zulässig ist, auch zur Arbeit verpflichten.





9. wir die Menschen mitnehmen, die gerade in den Ruhestand gehen, und bei ihnen dafür werben, dass sie bei Themen wie Wissenstransfer, Ehrenamt, Erziehung und Kinderbetreuung unverzichtbar sind, wenn wir unseren Wohlstand und unsere soziale Absicherung erhalten wollen.
10. wir unser Arbeitsprogramm realistisch an den Ressourcen orientieren und nicht an dem, was wünschenswert wäre.
11. wir gemeinsam beim Haushalt und den Arbeitsprogrammen alles in unserer Macht Stehende tun, damit wir am Ende einen nachhaltigen Ansatz verfolgen.

Wir als Rat dieser wunderschönen Stadt stellen in weiten Teil immer wieder unter Beweis, dass wir gemeinsam diesen Ausgleich der Interessen suchen. Dieser Haushalt und vor allen Dingen die mittelfristige Finanzplanung wird uns dabei vor die größten finanziellen Herausforderungen der letzten 12 Jahre stellen. Herausforderungen, die unsere Dialog- und Verantwortungsbereitschaft bis auf das Äußerste beanspruchen werden.

Ich bin mir sehr sicher, dass – zumindest die Ratskolleginnen und Ratskollegen, die guten Willens sind – am Ende damit auch erste und mutige Antworten für die Zukunft geben werden. Dabei werden wir über unser Grundverständnis von Staat und Gesellschaft stärker miteinander ins Gespräch kommen müssen. Dazu lade ich herzlich nicht nur diesen Rat ein, sondern auch die Verwaltung und die Bürgerschaft.

Am Ende wird jede und jeder in Zukunft Farbe bekennen müssen:

- Wollen wir gemeinsam diese Stadt durch unruhige Fahrwasser bringen?
- Wollen wir die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam annehmen und damit gegensteuern?
- Wollen wir für MEHR WIR & WENIGER ICH werben?
- Wollen wir persönlich und in Gemeinschaft da, wo es uns möglich ist, unseren Beitrag leisten, damit das Morgen etwas besser wird?

Diese Fragen muss zwar jede und jeder für sich beantworten.

Aber so viel ist sicher: Ohne einen breiten Konsens in der Gemeinschaft für mehr Mitverantwortung werden wir diesen Weg nicht erfolgreich meistern.

Dazu lade ich Sie ein ...

Herzlichen Dank!